

Recht auf Stadt - never mind the papers!

Aufruf des Bündnisses für eine andere Migrations- und Sozialpolitik

Die GEW Studis sind in dem von über 60 weiteren Initiativen und Organisationen unterstützten Bündnis „Recht auf Stadt - never mind the papers!“ vernetzt. Die von dem Bündnis ins Leben gerufene Kampagne hat das Ziel, in den Hamburger Wahlkampf zu intervenieren und will dem selbstzufriedenen Senat klar machen:

Wir sind alles andere als zufrieden. Wir wollen einen grundlegenden Wandel in der Migrationspolitik. Wir kämpfen für Bleiberecht, für Arbeitserlaubnis und menschenwürdiges Wohnen - für alle!

Mehr über das Bündnis und die Kampagne findet sich im Internet unter <http://nevermindthepapers.noblogs.org>

JAN ALBERTSEN, RONJA HEINELT,
JAN KOLBOW, GESA MÜLLER
und TOBIAS WOLLBORN
GEW Studis

Folgend dokumentieren wir den Aufruf des Bündnisses.

Recht auf Stadt – never mind the papers!

Wir sind Refugees im alltäglichen Kampf gegen das schlechte Leben in überfüllten und isolierten Lagern, wir sind Nachbar*innen, die sich gegen die Verdrängung aus überteuerten Vierteln wehren, Aktivist*innen, die sich ihr Recht auf Stadt zurückerobert. Wir sind organisierte Geflüchtete von „Lampedusa in Hamburg“. Wir sind Gewerkschafter*innen, die wissen, dass wir als Lohnabhängige nur stark sind, wenn wir gemeinsam mit den Beschäftigten mit den schlechtesten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt

füreinander eintreten. Wir sind Studierende, die nicht akzeptieren wollen, dass gute Bildung nur etwas für Reiche ist. Wir sind Menschen, die es nicht hinnehmen wollen, dass die unveräußerlichen Menschenrechte für unsere Nachbarin nicht gelten sollen. In unseren Kämpfen schaffen wir das solidarische Hamburg. Wir achten aufeinander, wir werden stärker dadurch, dass wir uns zusammenschließen. Wir wissen: in dieser Stadt ist Platz für Alle – außer für diejenigen, die uns unsere Rechte nehmen wollen, außer für diejenigen, die sich an uns immer nur bereichern wollen.

“Seit eineinhalb Jahren sind wir, die Geflüchteten der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ Teil dieser Stadt. Wir arbeiten hier, wir wohnen hier, wir organisieren uns hier. Unser Kampf um ein Bleiberecht wird von Tausenden unterstützt. Der Senat ignoriert uns.”

“Wir sind Geflüchtete aus vielen Ländern. Geflüchtet vor Kriegen, geführt auch mit deutschen Waffen, geflüchtet vor vermeidbarem Hunger und Elend. Wir wohnen in Containern und Zelten. Traumatisiert von unseren Erlebnissen sind wir auf engstem Raum untergebracht, ohne Möglichkeit uns zurückzuziehen, angemessener medizinischer Versorgung oder auch nur der Möglichkeit selbst zu kochen. Viele Menschen dieser Stadt helfen uns aus privater Initiative. Der Senat tut so, als wäre er überrascht über unser Kommen und behauptet, alle Möglichkeiten für eine Verbesserung dieser Situation auszuschöpfen. Dabei schafft er nicht mal

Mindeststandards. Dabei hat er ganz andere Lösungsinstrumente in der Hand. Wir sind wütend, und wir werden immer mehr, die dagegen protestieren.”

Wir arbeiten zusammen – wir kämpfen zusammen

In dieser Stadt arbeiten wir, die wir deutsche Pässe haben, gemeinsam Seite an Seite mit Menschen für die es schwierig bis unmöglich ist, eine legale Arbeitserlaubnis zu bekommen. Manche haben ein Arbeitsverbot, als Strafe, weil sie nicht an ihrer eigenen Abschiebung mitwirken. Manche haben ein generelles Beschäftigungsverbot oder dürfen nur arbeiten, wenn keiner mit deutschem Pass die Arbeit will. Manche werden aber auch gezwungen zu jeder Bedingung zu arbeiten, weil sonst ihre Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert wird. Und dann gibt es noch diejenigen, die überhaupt nicht legal arbeiten dürfen, weil sie offiziell gar nicht existieren. So wie diejenigen von uns, die Bleiberecht in einem anderen EU-Staat haben, wo sie nicht leben können, weil es dort keine Arbeit gibt. So wie wir von der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“. Wir wissen, unter diesen Bedingungen werden wir in die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen gezwungen. Oder in illegalisierte Arbeitsverhältnisse, zu Niedriglöhnen, in Rechtlosigkeit. Wir wollen das nicht. Wir wollen auch nicht die Löhne und Arbeitsbedingungen aller Lohnabhängigen herunterziehen, wir wollen nicht den Mindestlohn untergraben. Wir werden dazu gezwungen. Tatsächlich



besteht in Hamburg ein Bedarf an zugewanderten Arbeitskräften sowohl für qualifizierte als auch für ungelernete Beschäftigung. Ganze Branchen kalkulieren mit und profitieren von der Ausbeutung schutzloser, illegalisierter Arbeitskräfte. Wessen Interessen vertritt der Senat, wenn er diese Zustände sehenden Auges hinnimmt?

Wir fordern Selbstverständliches, wir fordern Menschenrechte ein:
 – *Recht auf Arbeit und berufliche Ausbildung, unabhängig vom Aufenthaltsstatus*
 – *Arbeitslaubnis für alle hier lebenden Menschen*

Recht auf menschenwürdiges Wohnen!

Wir, die wir keine oder schlechte Papiere haben, wegen unserer Hautfarbe oder unserem Namen in kaputten Wohnungen zu überbezahlten Mieten wohnen, wenn wir überhaupt eine Wohnung anmieten dürfen. Wir, denen ganz offen ins Gesicht gesagt wird: „An Ausländer vermieten wir nicht“. Wir finden uns zusammen mit denen, die seit Jahren dagegen kämpfen,

durch überbezahlte Mieten an den Rand der Stadt gedrängt zu werden. Wir stehen auf einer Seite mit den Wohnungslosen, nicht gegeneinander. Wir alle, die wir gemeinsam unser Recht auf Stadt erkämpfen, wir wissen, dass in dieser Stadt die fetten Profiteure der Immobilienbesitzer immer vor den Bedürfnissen der Allgemeinheit kommen. Aber Wohnraum ist ein existenzielles Bedürfnis, keine Ware! Ihr, vom Senat, sagt nicht, ihr könntet nichts tun. Ihr habt die Möglichkeit, leer stehenden Büroraum in Wohnungen umzuwandeln.

Wir fordern:
 – *Keine Unterbringung in Lagern*
 – *Nicht in Containern, Zelten oder Wohnschiffen, sondern Wohnungen für Alle*
 – *Leerstand zu Wohnraum*
 – *Mehr bezahlbarer Wohnraum*

Wir leben hier – wir bleiben hier

Viele von uns, die in dieser Stadt wohnen, arbeiten, leben, sind hier offiziell nur geduldet. Wir müssen von einer Duldungsverlängerung zur nächsten zittern. In Hamburg ein dauerhaftes Bleiberecht zu bekommen, ist fast unmöglich. Jetzt, nach den neuen Gesetzesverschärfungen, noch schwieriger. Wir werden in jahrelangen Verfahren „geprüft“, die kein Mensch durchschaut. Am Ende steht meist die Aufforderung zur Ausreise, obwohl Hamburg ganz andere rechtliche Möglichkeiten hätte, die aber aus Prinzip nicht ausgeschöpft werden. Das Ganze hat System und zur Folge, dass viele von uns illegal gemacht werden. Illegalisiert zu werden, heißt, ohne jeden Anspruch auf soziale Rechte in dieser Stadt leben zu müssen, ausgeschlossen von vielem, was für die meisten Menschen dieser Stadt selbstverständlich ist. Zum Beispiel dem

Recht auf medizinische Behandlung, wenn wir krank werden.

Wir fordern:
 – *Freier Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle*
 – *Legalisierung des Aufenthalts aller Menschen, die hier leben – es ist möglich!*
 – *Das Abschiebesystem abschaffen*

Wir Alle, die wir in Hamburg leben, sind Teil dieser Stadt. Unsere Regierung verschließt die Augen vor dieser Realität und nimmt es hin, dass Menschen, illegalisiert werden. Menschen, die zu jeder Bedingung arbeiten müssen, ausgeschlossen von allen sozialen Rechten. Dieser Senat nimmt es hin, dass Geflüchtete in Zelten leben müssen, in einer reichen Stadt wie dieser. Wir wissen, ihre Ausflüchte, dass sie daran nichts ändern können, sind falsch. Manches Gesetz könnten sie auf höherer Ebene beeinflussen. Vieles liegt direkt in ihrer Hand. Eine gute Unterbringung für Geflüchtete ebenso wie eine Bleiberechtsregelung für Gruppen von Bürgerkriegsflüchtlingen. Lampedusa in Hamburg – they are here to stay! Wir wissen, auch die kommende Wahl wird an der bestehenden schlechten Situation nichts grundlegend ändern. Darum liegt es jetzt an uns. Der Kampf um Anerkennung der Lampedusa-Gruppe zeigt, wie viele Menschen in dieser Stadt mit der Politik des Senats unzufrieden sind und sich wirklich willkommen fühlen möchten. Mit unseren Stimmen machen wir deutlich: Die Kämpfe um Bleiberecht, für menschenwürdige Unterbringung, für politische und soziale Rechte werden weitergehen. Eine Politik gegen Migrant_innen wird in Hamburg mit massiven gesellschaftlichen Protesten zu rechnen haben! Wir kämpfen für eine Stadt, in der alle Menschen, die hier leben, die gleichen Rechte haben!

Von Gefahren & Gebieten

Eine Veranstaltungsreihe der GEW Studis zu Ordnung und Kriminalisierung von, im & durch Raum

Mit der Errichtung des bislang größten Gefahrengebiets versuchte die Hamburger Polizei im Januar 2014 mit Unterstützung des Senates, die politischen Kämpfe von Lampedusa in Hamburg, Rote Flora und Esso Häusern zu kriminalisieren. Darauf folgten wochenlang diverse Gegenproteste, die auch international für Aufsehen sorgten. Die Aufregung ist vorbei. Gefahrengebiete - wie die permanenten Gebiete in St. Georg und St. Pauli sowie die stetige Möglichkeit von Polizei und Senat, neue Ge-

fahrengebiete einzurichten - gibt es aber immer noch und sie dienen weiterhin der Kontrolle, Kriminalisierung und Vertreibung.

Die Ausrufung von „gefährlichen Gebieten“ beinhaltet, dass Handlungen und Personen an diesen Orten für gefährlich, kriminell und illegal erklärt werden. Auf diese Weise wird Kriminalität durch Raum konstituiert. Die Praktiken der Kontrolle und Vertreibung sind anhand rassistischer, sexistischer und kapitalistischer Kriterien konzipiert und betreffen entsprechend nicht

alle Menschen gleichermaßen. Mit der Veranstaltungsreihe wollen wir neben der allgemeinen Funktionsweise von Gefahrengebieten zur Verwaltung von Armut und zur Aufrechterhaltung der herrschenden Verhältnisse auch die Mechanismen der Ausgrenzung gegenüber Sexarbeiter_innen und rassistisch diskriminierten Menschen beleuchten.

JAN ALBERTSEN, RONJA HEINELT,
JAN KOLBOW, GESA MÜLLER
und TOBIAS WOLLBORN
GEW Studis

Veranstaltungen

Montag, 02.02., 19:00
**Gefahrengebiete – wie
Polizei Stadt/-bevölkerung
ordnet.**

Mit Bernd Belina (Universität
Frankfurt)

Montag, 16.02., 19:00
**Wer hat Angst vor'm
Banlieu? Wie städtische
Unsicherheitszonen mit
Migration in Zusammen-
hang gebracht werden.**

Mit Lee Hielscher (kritnet)

Montag, 02.03., 19:00
**Repression gegen Sexarbei-
ter_innen in St. Georg.**

Mit Kathrin Schrader (Universität Frankfurt)



Alle Veranstaltungen finden im Kollektiven Zentrum (Norderstraße 65, Münzviertel) statt.

Aktuelle Infos: www.gewstudis.blogspot.de

Den Rassismus entlarven

Broschüre zur Kritik der „Alternative für Deutschland“ erschienen

Pünktlich zum Wahlkampfauftakt der Hamburger AfD veröffentlicht das Hamburger Bündnis gegen Rechts die Broschüre „Rechtspopulismus ist keine Alternative“. Nachdem bekannt wurde, dass die rechtspopulistische AfD ihren Wahlkampf zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 10.1. im Keller des Emporio-Hotels starten will, wurde die Veröffentlichung der Broschüre kurzerhand um eine Woche nach vorne, auf den gleichen Tag – ins direkt gegenüberliegende Gängeviertel – verlegt.

Dort wurde den mehreren hundert Teilnehmenden ein erster Einblick in die Publikation geboten und die AfD in Hinblick auf ihre rassistische, antifeministische und marktradikale Ausrichtung kritisiert. Das Erstarken der AfD wurde im Kontext eines seit mehreren Jahren bestehenden Rechtsrucks in Europa analysiert, in dessen Zuge die AfD weit verbreitete Rassistiken und rückwärtsgewandte Krisenerklärungen aufgreift und die parteienlandschaftliche Lücke rechts der Union zu füllen versucht. Weiteren Rückenwind erhofft sich die Partei von den rassistischen Mobilisierungen der Pegida-Demonstrationen, denen der Parteivorsitzende

Bernd Lucke im Dezember 2014 seine Sympathie zusprach. Zudem versucht die AfD aus den islamistischen Morden in Paris politisches Kapital zu schlagen, indem sie auf die allgemeine Trauer aufspringt und diese mit

wollen, um somit deren Einzug in die Hamburger Bürgerschaft zu verhindern. Im Anschluss an die Vorstellung der Broschüre protestierten einige Veranstaltungsteilnehmer_innen auf der Wahlkampfveranstaltung der AfD und auf der Straße vor dem Hotel gegen die rechtspopulistische Partei. Um deren Einzug ins Parlament abzuwehren und Schlimmerem vorzubeugen, gilt es, der AfD und anderen rechten Positionen bei jeder Gelegenheit Paroli zu bieten – in der Schule, im Seminar, in der Kneipe und auf der Straße.

Die Broschüre ist 42 Seiten stark und enthält insgesamt 15 Artikel von 13 Autor_innen sowie weitere Literaturhinweise. Herausgeber_innen sind das Hamburger Bündnis gegen Rechts, die DGB Jugend Nord, die ver.di-Jugend Hamburg und die GEW Hamburg mit Unterstützung durch den AStA der Uni Hamburg. Sie erscheint in einer Auflage von 8000 Stück und kann kostenlos beispielsweise in der Geschäftsstelle der GEW abgeholt werden. (Demnächst) steht sie auf www.gewstudis.blogspot.de zum Download bereit.

JAN ALBERTSEN, RONJA HEINELT,
JAN KOLBOW, GESA MÜLLER
und TOBIAS WOLLBORN
GEW Studis



antimuslimischen Ressentiments zu unterfüttern versucht.

In einer gemeinsamen Pressekonzferenz verkündeten das Hamburger Bündnis gegen Rechts, das Gängeviertel, ver.di, die GEW Studis und zwei Autor_innen, mit der Broschüre über die Funktionär_innen und die menschenverachtenden Positionen der AfD aufklären zu